Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173. Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.

für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate von Auswärts besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Besondere Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603). Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 76. Sonntag 17. März 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* König Friedrich August traf gestern vormittag in Oporto ein und besichtigte im Laufe des Tages die Stadt und ihre Umgebung. Der König besuchte dann in Begleitung des deutschen Konsuls den Hafen von Leixoes.

* Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde gestern die Beratung über den Antrag zugunsten der fachmännischen Schulaufsicht fortgeführt. Die Beratung endete, wie ein Telegramm meldet, mit der Ablehnung des Antrages. (S. d. bes. Art. u. Dtschs. R.)

* Ueber die Aussichten der Einführung von Flußschiffahrtsabgaben liegen neue Angaben vor. (S. d. bes. Art.)

* In der Affäre der gestohlenen Briefe des Generals Keim ist ein Haftbefehl gegen den Registrator Janke erlassen worden, weil er dringend verdächtig ist, sich einen Teil der Briefe im Original durch Erbrechen des Verschlusses angeeignet zu haben.

* Die Konservativen interpellierten im Abgeordnetenhause, wie die Regierung die andauernde Steigerung der Kohlenpreise verhindern könne und verlangen, daß die Regierung die Beibehaltung ermäßigter Eisenbahntarife für den Export von Steinkohlen und Koks nach dem Ausland prüfen solle.

* Auf der Grube Klein-Rosseln in Lothringen und auf dem Mathildenschacht der Gerhardgrube bei Saarlouis haben sich zwei furchtbare Grubenkatastrophen ereignet, die insgesamt etwa 100 Bergleuten den Tod bereitet haben. (S. d. bes. Art.)

* In Toulon fand gestern die feierliche Beerdigung der Opfer der „Jena"-Katastrophe statt. (S. Neues a. a. Welt.)

Die Flussschiffahrtsabgaben.

Die Entscheidung über das Schicksal der Interpellation wegen der Flußschiffahrtsabgaben steht noch nicht fest. Doch wird sie noch in dieser Woche erwartet. Es scheint bei dieser Sachlage fraglich, ob die Materie noch vor der Osterpause auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Inzwischen sind die politisch und wirtschaftlich an der Sache interessierten Kreise nicht untätig geblieben. So hat in vergangener Woche bekanntlich auf Veranlassung des Dresdner Oberbürgermeisters Dr. Beutler in Berlin eine Besprechung der bürgerlichen sächsischen Parlamentarier stattgefunden, bei der sich übrigens herausgestellt hat, daß mit Ausnahme des freikonservativen Abgeordneten v. Liebert die Mitglieder der Rechten doch zum mindesten in ihrer wirtschaftlichen Auffassung, ihrer ganzen politischen Richtung entsprechend, einer Abgabenerhebung nicht abgeneigt zu sein scheinen. Man hat ja überhaupt in dieser Frage die wirtschaftliche von der verfassungsrechtlichen Seite scharf zu trennen. Soweit die Verhältnisse im Reichstage sich heute übersehen lassen, darf man wenigstens annehmen, daß eine Mehrheit für die Erhebung von Abgaben durch die Einzelstaaten ohne Verfassungsänderung nicht zu haben sein wird. Man würde vielmehr in einem selbständigen Vorgehen der Einzelstaaten, in diesem Falle also Preußens, eine Verletzung der Verfassung erblicken. Ueber diese Stimmung scheint auch die preußische Regierung unterrichtet zu sein. Und Fürst Bülow dürfte es nicht auf einen Konflikt ankommen lassen, vielmehr die rechtliche Auffassung der Mehrheit respektieren und im Namen Preußens einen Antrag auf Aenderung der Verfassung stellen. Wirtschaftlich betrachtet, nimmt sich das Bild wesentlich anders aus. Man muß sich mit der Gefahr vertraut machen, daß bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstage für die Flußschiffahrtsabgaben sehr starke Sympathien vorhanden sind. Auch in der nationalliberalen Fraktion, die verfassungsrechtlich geschlossen stimmen wird, sind die Ansichten wirtschaftlich geteilt. Bedenkt man dazu, daß Konservative und Zentrum zweifellos für die Abgabenpolitik sind, so wird man sich eine Vorstellung davon machen können, einen wie schweren Stand die Abgabengegner im Reichstage haben werden.

Bei dieser Erkenntnis, die nicht etwa den Kampf als aussichtslos aufzugeben nötigt, in es aber doch geboten, auch die schlimmen Möglichkeiten zu erwägen und sich über die dann gebotenen eventuellen Ziele klar zu werden. Kommt es wirklich zur Erhebung von Flußschiffahrtsabgaben, so haben insbesondere die nationalliberalen Politiker gemäß der Tradition ihrer Partei und der höheren nationalen Zweckmäßigkeit mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Erhebung dem Reich übertragen wird. Am zweckdienlichsten wäre wohl die Errichtung einer reichsamtlichen Stelle, der die Erhebung und die Verwendung der Abgaben zufallen würde. Damit wäre wenigstens einer landesgesetzlichen Verfahrensheit vorgebeugt und ein bestimmender Einfluß des Reichsparlaments auf die Gestaltung der Abgaben garantiert, während sonst die Einzelstaaten doch aneinander in eine recht unbehagliche Abhängigkeit geraten können. Man denke an die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, heute zu einer Eisenbahngemeinschaft zu gelangen und an die bösen Folgen dieses Zustandes. Dann wird man begreifen, weshalb wir beizeiten auf diese Möglichkeiten aufmerksam machen.

Aber vorläufig ist es ja noch nicht so weit. Und das nächste Ziel muß die Vereitelung der Abgabenpläne bleiben. Es ist nun doch recht auffällig, daß bei der unweigerlichen bedrohten Position der Abgabengegner die sächsische Regierung sich einer so zartfühligen Zurückhaltung befleißigt. Nicht einmal in ihren eigenen Blättern hat sie mit Entschiedenheit gegen die Abgabenpolitik Preußens Stellung genommen, sondern immer nur die Interessenten sprechen lassen. Das Land erkennt es zwar dankbar an, daß die Regierung im Bundesrat sich gegen die Abgaben einsetzt. Aber es kommt doch auch auf den Ton an. Und da meinen wir, könnte von Dresden aus doch wohl mit sehr viel mehr Nachdruck gearbeitet werden. Es würde z. B. in Berlin auch ganz anderen Eindruck machen, wenn der sächsische Ressortminister selbst im Bundesrat mit aller Energie für die stark bedrohte sächsische Industrie und den Handel auftreten würde. Es wird bei jeder Gelegenheit von preußischer Seite betont, eine wie prekäre Situation ein Majorisieren Preußens im Bundesrat schaffen würde. In dieser Frage soll doch aber auch über die Stimmen Sachsens, Badens und verfassungsrechtlich auch Württembergs weggesehen werden. Daß diese Situation in den überstimmten Ländern weniger prekär empfunden werden würde, darf man wohl bezweifeln. Alle diese Gesichtspunkte einmal von autoritativer Stelle mit allem durch die Sache gebotenen Ernst zur Geltung zu bringen, würden wir für überaus nützlich, ja für geboten halten.

Fachmännische Schulaufsicht.

Wie wir schon früher meldeten, war zur zweiten Lesung des Unterrichtsetats im preußischen Abgeordnetenhaus der Antrag eingebracht worden:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Volksschulwesen auf die allgemeine Einführung der fachmännischen Schulaufsicht Bedacht zu nehmen.

Damit wurde nichts Neues gefordert. Eine alte liberale Forderung kehrte hier wieder. Der Weg zu ihrer Verwirklichung ist seit der Annahme des preußischen Schulaufsichtsgesetzes vom 11. Mai 1872, einer Frucht der liberalen Gesetzgebungsperiode frei. Es sprach dem Staat das alleinige Recht zu, Lokal- und Kreisschulinspektoren zu ernennen, ihre Aufsichtsbezirke abzugrenzen und den erteilten Auftrag, soweit es sich um ein Neben- oder Ehrenamt handelt, jederzeit zu widerrufen. Damit hatte die Regierung tatsächlich die Macht in die Hände bekommen, jeden Einfluß des Klerus auf die Schule zu beseitigen. Aber sie hat davon in sehr wechselvoller Weise Gebrauch gemacht. Wie schon Bismarck wegen dieses Gesetzes von ultramontaner und auch konservativer Seite die schwersten Angriffe zu erdulden hatte, als fürchte er mit diesem Gesetz die Religion in Gefahr, so haben die verschiedenen Kultusminister, die seit jenem Gesetz an der Spitze des preußischen Volksschulwesens standen, sich nur in sehr bescheidener Weise von den klerikalen Einflüssen frei zu machen gewußt, die darauf bestanden, Geistliche der beiden großen Konfessionen mit der — namentlich lokalen — Schulaufsicht zu betrauen. Ja — man kann sagen, daß es mit der Befreiung der Volksschule von der geistlichen Schulaufsicht eher rückwärts als vorwärts gegangen ist. Wir geben ein Beispiel für viele, das um so drastischer ist, als es nicht aus dem ostelbischen Teile Preußens genommen ist, sondern aus einer seiner westlichen Provinzen. Wir entnehmen dem „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen", Jahrgang 1887 und Jahrgang 1907, folgende Angaben über die Besetzung einiger Kreisschulinspektionen in Hessen-Nassau:

	1887	1907
Fritzlar-Wolfhagen	Rektor Pareth	Pfarrer Jacobi
Weilburg, Stadt	Rektor Becker	Pfarrer Fuldner
Schlüchtern-Niederzell	Sem.-Dir. Wiecker	Superintendent Ort
Dockenheim	D. Stadtschuldeput.	Pfarrer Enders
Hachenburg	Rektor Dr. Kleinerling	Dekan Naumann
Herborn	Rektor Bürck	Pfarrer Gail
Langenschwalbach	Rektor Ernst	Pfarrer Michel
Nassau	Rektor Dr. Buddeberg	Pfarrer Martin.

Also in einem Bezirke sind acht fachmännische Kreisschulinspektoren durch Geistliche ersetzt worden. Ganz merkwürdige Verhältnisse scheinen auch in Katscher in Schlesien, wo der „Päd. Ztg." zufolge ein Apotheker Ortsschulinspektor für 20 Lehrer ist, und ebenso auf der Hallig Pellworm zu herrschen, wo ein Landmann zum Ortsschulinspektor ernannt worden ist. Diese beiden Beispiele sind natürlich nur Ausnahmen, die gegenüber dem Druck der geistlichen Schulaufsicht nichts sind. Im ganzen verwalten in Preußen mehr als 900 (!) Geistliche das Amt des Kreisschulinspektors, und die Lokalschulinspektion liegt überwiegend in den Händen Geistlicher.

Kehrte jetzt aber der oben abgedruckte Antrag wieder im preußischen Abgeordnetenhause ein, so hatte er noch mehr als einer Seite seine besondere Bedeutung.

Zunächst parteipolitisch. Er wurde gemeinsam eingebracht von den liberalen Parteien des Abgeordnetenhauses, der nationalliberalen und der beiden freisinnigen Fraktionen. Ja — es haben sich ihm auch die Freikonservativen angeschlossen, die in kirchlichen und in Schulfragen in Preußen erfreulicherweise immer ein Stück Liberalismus mit vertreten. Das ist schon eine ganz stattliche Phalanx, denn das sind zusammen (freikonservative 64, nationalliberale 76, freisinnige Volkspartei 29, freisinnige Vereinigung 81) 171 Stimmen. Das ist zwar bei dem 433 Sitze zählenden Abgeordnetenhause noch nicht die Mehrheit, aber es war nicht ausgeschlossen, daß in dieser Frage sich auch Stimmen von der deutsch-konservativen Fraktion zu dem Antrag bekennen. Sein schärfster Gegner bleibt jedenfalls das Zentrum. Und das ist der zweite wichtige Punkt bei diesem ganzen Kampf gegen die geistliche Schulaufsicht.

Gewiß soll der ausschlaggebende Gesichtspunkt im Kampf gegen die geistliche Schulaufsicht nicht der sein, den Zentrumseinfluß zu vermindern, der durch die Schulaufsicht ultramontaner Kleriker vermittelt wird. Wir wenigstens wenden uns auch gegen protestantische Geistliche als Schulinspektoren, weil die Lehrerschaft mit vollem Recht verlangen kann, nur von Fachleuten beaufsichtigt zu werden und weil es für die Schule besser ist, nur unter technisch geschulten Schulmännern zu stehen. Es ist und bleibt eine Herabsetzung der Lehrerbildung, wenn man geistliche Schulinspektoren zuläßt. Aber neben diesem grundsätzlich ausschlaggebenden Gesichtspunkt besteht namentlich zurzeit der andere zu Recht, daß der Kampf gegen die geistliche Schulaufsicht eines der wichtigsten Mittel im Kampf gegen das Zentrum ist. Die geistliche Schulaufsicht ist eine der wichtigsten Kanäle für den geistigen Einfluß der ultramontanen Geistlichen auf die Schule, auf die Lehrer, auf die Kinder. Daher die Nervosität von Zentrumsleuten, wenn man wagt, an die geistliche Schulaufsicht zu rühren. Die letztverflossenen Wochen und Monate haben uns aber deutlicher als seit Jahren gezeigt, wie wichtig, wie notwendig es ist, den geistigen Zentrumseinfluß auf unser Volk zu brechen. Die Reichsregierung hat dies anerkannt. Der ganze Wahlkampf zeugt davon. Aus ihm gilt es jetzt die praktischen Lehren auch in den Einzelheiten zu ziehen. Es ist unverständlich, wenn die Staatslenker sich über die Wirkungen des klerikalen Einflusses nicht nur auf die heranwachsende Jugend, sondern auch auf die Lehrer täuschen lassen. Mit Recht hat ein rheinisches Blatt dieser Tage hervorgehoben, daß den Geistlichen gegenüber, der seinen Beichtkindern einredet, es sei ein Gebot der Religion, für den Zentrumskandidaten zu stimmen, der berufene Vertreter der Aufklärung namentlich auf dem Lande der Lehrer wäre, daß aber der Lehrer diese Aufklärungsarbeit nur besorgen könnte, wenn man ihn aus dem Hörigkeitsverhältnisse befreite, in dem er heute zum Geistlichen steht. Und darum gehört der Kampf gegen die geistliche Schulaufsicht ganz eigentlich mit hinein in die Forderungen, in die Pflichten des Tages, die nationale Männer zu erfüllen haben.

Die preußische Regierung aber denkt anders. Ihr Ministerpräsident Fürst Bülow hat zwar als Reichskanzler die Gefahr des Zentrums auf nationalpolitischem Gebiete anerkannt, und darum ihm mit der Reichstagsauflösung einen Fehdehandschuh hingeworfen. Aber sobald es gelten konnte, diesen Kampf mit voller Energie zu führen, mit ihm dort einzusetzen, wo — wie in der Schule — der verhängnisvolle Zentrumseinfluß wurzelt, da versagt die preußische Regierung. Da denkt sie auch nicht daran, so bescheidenen liberalen Forderungen, wie sie in der fachmännischen Schulaufsicht liegen, entgegenzukommen.

Kultusminister Studt hat es bewiesen, daß es so ist. Als in den beiden letzten Tagen der oben angeführte Antrag nun wirklich im Abgeordnetenhaus zur Beratung kam, da versagte dieser Vertreter der Ministerien des „Geistes" vollkommen. Er will nicht der Schule geben, was der Schule gehört. Er denkt nicht daran, die berechtigte Forderung der Lehrer nach einer fachmännischen Aufsicht zu erfüllen. Pädagogische Erkenntnisse, wie sie seit Pestalozzi allen gebildeten Schulleuten in Fleisch und Blut übergegangen sind, sind dem höchsten Schulbeamten des größten deutschen Bundesstaates fremd. Für ihn soll die Schule immer noch nicht ein wirklich selbständiger Organismus werden, wie die Pädagogik eine selbständige Wissenschaft ist. Es soll alles beim alten bleiben. Auch die unwürdige Unterordnung der Lehrer unter die Geistlichkeit, gegen die sich selbst weite Kreise wenigstens der protestantischen Geistlichen sträuben, weil sie im Nebenamt nicht ein Amt verwalten wollen, das eine volle Kraft und eine volle pädagogische Vorbildung fordert. Studt aber meint, die tatsächlich überaus dürftige praktische Ausbildung der Theologie-Studierenden in pädagogischen Kursen auf der Universität genüge dem Pastor zur Ausübung der Schulaufsicht. Und es genügt dem Kultusminister, konstatieren zu können, daß die unter geistlicher Schulaufsicht stehenden Schulen nicht erheblich minderwertiger gegenüber anderen Schulen seien!!! Da hört allerdings die Diskussion auf! Aber der Kampf muß um so energischer fortgeführt werden. — Für die fachmännische Schulaufsicht und gegen die Reaktion mit ihrem Vertreter, dem Minister Studt. Der Ausgang der diesmaligen Verhandlungen im preußischen Landtage kann darum nur der Anfang einer neuen Epoche sein im Kampf um die Freiheit der Schule.

Scheinbar handelt es sich zunächst nur um eine preußische Angelegenheit. Bei dem vorbildlichen Einfluß des größten deutschen Bundesstaates ist damit aber auch gegeben, daß dieser Kampf für die anderen Bundesstaaten, in denen noch die geistliche Schulaufsicht besteht, von Bedeutung ist. Wir denken hier vor allem an Sachsen. Auch hier ruft man mit Recht nach voller Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht. Die Landessynode hat sich dabei nicht auf der Höhe gezeigt, die wir ihr gewünscht hätten. Um so notwendiger ist es, daß im Volk das Verständnis dafür erwacht, welche Kulturaufgaben hier noch zugunsten einer von geistlichem Einfluß freien Volksschule zu lösen sind. Mögen in dieser Richtung die liberalen Parteien des Landes mit der Lehrerschaft den Kampf um die rein fachmännische Schulaufsicht durchführen. (Ueber den Verlauf der gestrigen Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus s. Dtschs. R.)

Aus dem Reichstag.

Der Sonnabend ist ein parlamentarischer Stiefbruder der anderen Wochentage und wird selbst vom Montage, der doch auch nicht recht für voll gilt, über die Achseln angesehen. Die Herren Volksvertreter bekommen zum großen Teil schon am Freitag in Berlin kalte Füße, die nur zu Hause wieder gewärmt werden können. Es sieht daher am Samstag in dem Riesengebäude am Königsplatz gewöhnlich recht trübselig aus. Schon bei nachtschlafender Zeit, um 11 Uhr vormittags, beginnen jetzt die Sitzungen Sonnabends, und das Nebelwetter heitert die Gemüter der eifrig auf das Wohl des Vaterlandes im allgemeinen und ihrer Wähler im besonderen bedachten Erwählten auch nicht auf. Dazu eine große Enttäuschung für die nicht eben zahlreichen Tribünenbesucher: der Streit um die Wahlfunden der anderen wird nicht fortgesetzt werden. Er steht zwar auf der Tagesordnung an letzter Stelle, aber vor ihm stehen drei andere Punkte: der Gesetzentwurf, betreffend des Hinterbliebenen-Versicherungsfonds und des Reichsinvalidenfonds (man genehmigt ihn definitiv ohne Debatte), die 2. Beratung der Berufs- und Betriebszählungsvorlage, bei der man sich besonders darüber streitet, ob die Religion auch mit „gezählt" werden soll, und schließlich zwei Maischbottichsteuergesetze. Damit ist das Schicksal der Wahlbeeinflussungsinterpellation Albrecht für diesmal besiegelt. Sie wird wohl überhaupt nicht wieder die Tagesordnung zieren.

Und die Erwartungen auf eine Auseinandersetzung mit dem Zentrum müssen sich bis zum Toleranzantrage vertrösten. Dann wird wohl auch der Direktor des Evangelischen Bundes Everling von 10. sächsischen Wahlkreise zu Worte kommen, der am Freitag zugunsten des schwer angegriffenen Generals v. Liebert sich hatte streichen lassen.

Also im Plenarsitzungssaale machte sich das Gespenst einer gelinden Langeweile breit, wie fast immer, wenn die Techniker auf die Tribüne steigen. Das ist recht undankbar von dem Auditorium, denn schließlich leisten sie doch die nützlichste Arbeit. Indessen ist einer Stimmung nicht mit Gründen beizukommen. Auch der Stimmungsbildmaler kann die betrübliche Tatsache nicht aus der Welt schaffen und verläßt daher den Saal mit Wehmut, um in der Wandelhalle Anregung zu suchen. Dort ist es immer noch amüsanter. Dauerwelle vertreten sich da auf dem bordeauxroten Riesenteppich des Kaiserbaues Abgeordnete, Journalisten und eingeführte Gäste die Füße. Auch Damen sieht man, Gattinnen und Töchter von Parlamentariern, oder Honoratioren aus den heimischen Wahlkreisen. Ein ganz klein wenig Flirt wird nicht ungern en passant getrieben. Doch will er nicht recht gedeihen. Der Raum ist zu gewaltig und drückt die Neulinge, die wohl auch der Ernst der parlamentarischen Arbeit zu ihrer etwas zu gravitätischen Haltung und zu besonderer Gemessenheit bringt. Dort macht ein vielgewandter Abgeordneter den Bärenführer und bemüht sich nach Kräften, seinen zwei einflußreichsten Urwählern mit ihren Damen die Herrlichkeiten und Merkwürdigkeiten vorzuführen. Da kommt die gräfliche Präsidialexzellenz Stolberg hergeschritten, dort promenieren Bassermann und Junck, auf der anderen Seite gehen stattgebaute Herren im langen, zugeknöpften, schwarzen Rock mit gesunden Gesichtern und streitbaren Mienen weit ausschreitend auf und ab. Es sind Zentrumskapläne, die Oppositionellen neuesten Datums. Und an beiden Enden der Halle, durch ein gespanntes Tau und die Amtsmienen der Diener mit den Generalsraupen im Banne gehalten, stehen die nicht privilegierten Reichstagsbesucher und lassen gegen einen metallenen Händedruck ihre Wißbegierde von dem wohlinformierten, befrackten und ordengeschmückten Hauspersonal befriedigen. Doch jetzt tönt ein besonders abgestimmtes anhaltendes Klingelzeichen. Die Sitzung ist aus.

Ein Unglückstag.

Das vergangene Jahr war ein Jahr des Unheils und der Erregung. In Italien schlugen die Flammen des Vesuvs gen Himmel, glühende Lavamassen ergossen sich zerstörend über Städten des Lebens und der Freude. Bald darauf ereigneten sich die furchtbaren Erdbeben von San Francisco, Valparaiso und Kingston, deren Folgen alle Welt in Schrecken setzten. In Frankreich folgte das Grubenunglück von Courrières und in Deutschland verbluteten bei dem Reckener Unglück über Hundert tapfere Männer tief unter der Erde.

Auch die Ouvertüre des neuen Jahres setzt mit grauenhaften Klängen ein. Noch stehen wir unter dem Eindruck der Schiffskatastrophen von Hoek van Holland und der Toulon, deren Opfer soeben erst bestattet werden, da übermittelt uns der Draht auch schon die Nachricht von

zwei neuen Schreckensereignissen.

Wie wir bereits durch Extrablatt und in einem Teil unserer Auflage meldeten, haben sich vorgestern zwei neue Grubenkatastrophen ereignet. Die eine, bei der eine

78 Bergleute

ihr Leben einbüßten, erfolgte als Schlagwetterexplosion in der Grube „Klein-Rosseln" in Lothringen, die andere auf dem „Mathildenschacht" der Gerhardgrube bei Saarlouis, wo ein Förderseil riß. Auf der Förderschale befanden sich

22 Bergleute,

die sämtlich umgekommen sind.

Ueber das Unglück auf der Grube „Klein-Rosseln" wird uns jetzt aus St. Johann weiter mitgeteilt: Die Explosion auf der Grube „Klein-Rosseln" ereignete sich vorgestern abend einige Minuten nach 10 Uhr. Es ist noch nicht festgestellt, ob eine Explosion schlagender Wetter, oder eine Kohlenstaubexplosion vorliegt. Am Ausgange des Schachtes merkte man nicht das geringste von den

Vorgängen in der Tiefe.

Erst als zum ersten Male die Förderschale mit einer Anzahl Geretteter heraufkam, wurde bekannt, was sich drunten ereignet hatte. Im ganzen waren 240 bis 245 Mann eingefahren und zwar im sogenannten Guillemin-Schachte, der 417 Meter tief ist. Sofort eilte Direktor Siemon mit einer Anzahl seiner Beamten herbei und fuhr in den Schacht ein. Auch traten bald die Rettungsmannschaften mit Draeger-Apparaten in Tätigkeit. Auf der Grubensohle stieß man zunächst auf den Körper des Wettermannes Hayou, der alsbald heraufgeschafft wurde. Hayou gab schon nach wenigen Minuten, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, den Geist auf; die

giftigen Nachschwaden

hatten ihn getötet. Die ganze Nacht wurde an der Bergung der Leichen fieberhaft gearbeitet. Bis gestern mittag 12 Uhr waren 67 Tote, 12 Schwerletzte und ein Leichtverletzter geborgen, vermißt werden noch 40 Leute, die zweifellos ebenfalls tot sind und unter dem Gestein und Geröll begraben liegen. Von den Schwerverletzten sind im Laufe des Tages bereits zwei gestorben; von den übrigen dürfte nach Ansicht des Arztes nur einer mit dem Leben davonkommen. — Von den preußischen Staatsgruben waren ebenfalls

Rettungsmannschaften

unter Führung mehrerer Bergbeamten erschienen; diese fuhren sofort ein, doch gab es nichts mehr zu retten. Unter den Toten befinden sich zwei Beamte, und zwar der Steiger Waldschmid aus Klein-Rosseln und der Steiger Conrad aus Nahweiler. Der erstere hinterläßt Frau und ein Kind, der letztere Frau und fünf Kinder. Die Leiche Conrads konnte noch nicht geborgen werden. Von den toten Bergleuten waren über die Hälfte verheiratet. In Mitleidenschaft gezogen sind vornehmlich die umliegenden lothringischen Dörfer. Aber auch aus dem benachbarten preußischen Gebiet stammt eine große Anzahl der Umgekommenen. Auf das lothringische Dorf Groß-Rosseln entfallen 9; davon waren 8 verheiratet; aus Ludweiler ist ein Vater mit seinem Sohne umgekommen. Die Leichen

SLUB
Wir führen Wissen.